

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
04/2015*



Liebe FreundInnen!

Am Mittwoch und Donnerstag ist der Nationalrat zu regulären Sitzungen zusammengekommen. Wichtige Themen waren u.a. der Völkermord an den ArmenierInnen vor 100 Jahren, die Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer, das Rauchverbot und der Bundesfinanzrahmen.

Zu Beginn dieser Woche fand außerdem die Frühjahrstagung unseres Parlamentsklubs statt, auf der es unter anderem um die sozialen Auswirkungen der Industrie 4.0 und die bessere Einbeziehung der Generation Y in unsere sozialdemokratische Arbeit ging.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Top Themen

Erklärung zu Völkermord an ArmenierInnen vor 100 Jahren

In einer Schweigeminute gedachte der Nationalrat der **Opfer des Genozids am armenischen Volk vor 100 Jahren** sowie jener Männer, Frauen und Kinder, die beim Versuch, nach Europa zu flüchten, im Mittelmeer ertrunken sind. Außerdem präsentierte **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** mit den Klubobleuten der anderen Parlamentsfraktionen eine **gemeinsame Erklärung, in der der Völkermord an den ArmenierInnen anerkannt und verurteilt wird**. "Aufgrund der historischen Verantwortung - die österreich-ungarische Monarchie war im Ersten Weltkrieg mit dem Osmanischen Reich verbündet - ist es unsere Pflicht, die schrecklichen Geschehnisse als Genozid anzuerkennen und zu verurteilen." Ebenso ist es die Pflicht der Türkei, sich der ehrlichen Aufarbeitung dunkler und schmerzhafter Kapitel ihrer Vergangenheit zu stellen und die im Osmanischen Reich begangenen Verbrechen an den ArmenierInnen als Genozid anzuerkennen", heißt es in der Erklärung.

Parlament fordert Verbesserung der Seenotrettungsprogramme im Mittelmeer

In einem **Entschließungsantrag** fordert das Hohe Haus die Regierung auf, die von den EU-Außenministern geplante Ausweitung und **Verbesserung von europäischen Such- und Seenotrettungsprogrammen aktiv zu unterstützen**. Außerdem sollen weitere geeignete Maßnahmen gesetzt werden, um den weiteren Verlust von Menschenleben im Mittelmeer zu verhindern.

Rauchverbot – Erfolg für NichtraucherInnenschutz

Eine lebhafte Debatte um das absolute **Rauchverbot** in der Gastronomie, das flächendeckend ab 2018 gelten soll, fand in einer Aktuellen Stunde des Nationalrats am Mittwoch statt. "In Österreich sterben jährlich 1.000 Menschen an den Folgen des Passivrauchens, doppelt so viele wie im Straßenverkehr. **Mit dem generellen Rauchverbot in Lokalen treiben wir den NichtraucherInnenschutz voran**", betonte **SPÖ-Gesundheitssprecher Erwin Spindelberger**.

Der bisherige Kompromiss zum NichtraucherInnenschutz habe sich nicht bewährt, "unzählige Wirte haben sich gar nicht an die gesetzlichen Bestimmungen gehalten", merkte Spindelberger an. Auch viele Wirte hätten sich eine Regelung gewünscht, die nicht wettbewerbsverzerrend wirkt, nämlich ein generelles Rauchverbot. "Ich bin froh, dass die Bundesregierung mit diesem Beschluss der **Gesundheit der Menschen eindeutig Vorrang** gibt – auch **im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes**."

Bundesfinanzrahmen – strukturelles Nulldefizit und richtige Investitionen

Der **Bundesfinanzrahmen für die Jahre 2016 bis 2019** wurde in erster Lesung diskutiert. Mit dem Finanzrahmen werden die Gesamtsteuerung des Budgethaushalts und die Auszahlungsobergrenzen für die einzelnen Ressorts festgelegt. Österreich strebt mit dem geplanten **strukturellen Nulldefizit** in den kommenden Jahren stabile Finanzen an. "Dass Österreich sowohl beim Maastricht-Defizit als auch beim strukturellen Defizit im Jahr 2014 besser liegt, als dies im letzten Frühjahr prognostiziert wurde, ist kein Produkt von Glück oder Zufall, sondern das Ergebnis konsequenter Politik. Die **Budgetpolitik Österreichs ist damit ein finanzpolitischer und allgemeinpolitischer Erfolg**", sagte **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** in der Debatte.

Bei den Förderungen wird es in für die Zukunft wichtigen Budgetposten wie **dem Arbeitsmarkt**, im Technologiebereich und bei der **Forschung keine Einschnitte** geben. **Offensivmaßnahmen**, wie der **Ausbau der schulischen Tagesbetreuung und der Kinderbetreuungseinrichtungen** oder die **24h-Pflege** werden **fortgesetzt** oder, wie der **Breitbandausbau** oder das **Beschäftigungspaket 50+**, sogar **zusätzlich** ins Leben gerufen. Schieder: "Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es notwendig, Akzente zu setzen, ohne die Stabilität zu gefährden."

Sozialpolitischer Erfolg – Rentenleistung für Contergan-Opfer

Die SPÖ konnte eine wichtige **Verbesserung für Contergan-Geschädigte** erreichen: Sie erhalten ab Juli eine **eigene Rente** in der Höhe von 425 Euro. Die 25 in Österreich betroffenen Personen (weitere 20 erhalten eine Rente aus Deutschland) bekommen ab Juli zusätzlich zur bereits erfolgten Einmalzahlung eine dauerhafte Unterstützung. Das gegen Schwangerschaftsübelkeit eingesetzte Medikament Contergan bewirkte in den späten 50er- und frühen 60er-Jahren, dass tausende Kinder mit Fehlbildungen zur Welt kamen. In Österreich gab es im Vergleich zu Deutschland nur relativ wenige Contergan-Opfer, weil die Rezeptpflicht für das Arzneimittel nicht aufgehoben worden war.

Außerdem wurden **Verbesserungen bei den Leistungen für Kriegsoffer** beschlossen, etwa durch eine jährliche Valorisierung der Leistung analog der Ausgleichszulage. Gleichzeitig wird die Administration von Kriegsofferrenten wesentlich vereinfacht.

NR-Sitzung vom 22. April 2015

Erste Lesung des Bundesfinanzrahmengesetzes 2016 bis 2019 ([583 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Abkommen zwischen Österreich und Deutschland über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Passwesens ([493 d.B.](#))

Das Abkommen schafft die rechtlichen Grundlagen für eine engere, wechselseitige Zusammenarbeit im Passwesen. Vorerst ist dazu ein Pilotprojekt im Einzugsbereich Bonn geplant, das österreichischen Staatsangehörigen ermöglichen würde, bei einer deutschen Passbehörde einen Pass zu beantragen.

Entschließungsantrag zu Such- und Seenotrettungsprogrammen der EU zur Verhinderung weiterer Todesfälle im Mittelmeer ([372 UEA](#)) – s. Top-Themen

Vertragliche Änderungen beim International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) in Wien ([494 d.B.](#))

Das "International Centre for Migration Policy Development" (ICMPD) wurde 1993 auf Initiative Österreichs und der Schweiz gegründet und soll den Austausch von Expertise in den Bereichen Migration und Asyl unterstützen.

Einspruch Österreichs gegen den Beitritt Burundis zum Übereinkommen zur Befreiung von der Urkunden-Beglaubigung ([495 d.B.](#))

Die Erleichterungen im Beglaubigungswesen durch das Haager Beglaubigungsübereinkommen setzen Urkundensicherheit voraus, was bei Burundi nicht gegeben sein dürfte. Deshalb erhebt Österreich Einspruch gegen den Beitritt Burundis zu dem Übereinkommen.

Konvention zur Beseitigung von ArbeitnehmerInnen-Diskriminierung: Österreich streicht Vorbehalt ([496 d.B.](#))

Zwei ArbeitnehmerInnenschutzgesetze, die explizit nur Frauen betreffen, stehen im Widerspruch zur Konvention zur Beseitigung jeder Form von Frauen-Diskriminierung am Arbeitsmarkt. Da diese Beschäftigungsverbote aufgrund des technischen Fortschritts nicht mehr erforderlich sind, zieht Österreich seinen Vorbehalt gegen die Konvention zurück.

Entschließungsantrag: Ausweitung des UNO-Mandats in der Westsahara (MINURSO) ([497 d.B.](#))

Der Entschließungsantrag fordert die Bundesregierung auf, sich für die Ausweitung des UN-Mandats der Mission für das Referendum in der Westsahara (MINURSO) einzusetzen. Künftig soll auch eine Überwachung der Menschenrechtssituation in der Westsahara erfolgen. Außerdem soll sich Österreich für die Umsetzung der entsprechenden UN-Resolution einsetzen und das Recht auf Selbstbestimmung der Bevölkerung der Westsahara unterstützen.

Entschließungsantrag fordert Einsatz für Freilassung und Amnestie für saudischen Blogger Raif Badawi und dessen Anwalt ([498 d.B.](#))

In einem gemeinsamen Entschließungsantrag von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen wird die Bundesregierung und insbesondere der Außenminister aufgefordert, sich gegenüber den Behörden Saudi Arabiens weiter für die sofortige Freilassung und Amnestie für den saudischen Internet-Aktivisten Raif Badawi und seinen Anwalt Waleed Abu al-Khair einzusetzen. Badawi wurde zu 10 Jahren Haft und 1.000 Peitschenhieben, sein Anwalt zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Entschließungsantrag betreffend Globale Partnerschaft für Entwicklung ([499 d.B.](#))

Der Entschließungsantrag fordert die Bundesregierung und insbesondere den Außenminister auf, die Ergebnisse eines parlamentarischen Diskussionsforums im Mai 2014 zur Entwicklungspolitik ("Post-2015-Debatte") zu berücksichtigen.

Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrliniengesetz geändert wird ([547 d.B.](#))

Die Novelle enthält Anpassungen an EU-Vorgaben: Dabei geht es einerseits um eine transparente Gewährung von Ausgleichszahlungen der öffentlichen Hand und andererseits um die Erteilung von Konzessionen für Dienstleistungen im Busverkehr.

Transparenz bei Zahlungen für Öffentlichen Personennah- und Regionalverkehr ([548 d.B.](#))

Das Gesetz gewährleistet Transparenz der öffentlichen Zahlungen für den Betrieb des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs.

Öffis: Stärkung der Fahrgastrechte (Passagier- und Fahrgastrechteagenturgesetz – PFAG) ([551 d.B.](#))

Erfolg für Fahrgäste: Die Fahrgastrechte für die Bereiche Luftfahrt, Bahn- und Schifffahrt und Buslinienverkehr werden durch das Gesetz deutlich gestärkt. Die unbürokratische Schlichtungsstelle führt zu einem effektiven KonsumentInnenschutz.

Schifffahrtsgesetz – Neuerungen bei Genehmigungen ([554 d.B.](#))

Zweck der Novelle ist es, die Genehmigung für Schifffahrtsanlagen an die (privatrechtlichen) Benützungsberechtigten, also Mietverträge, der entsprechenden Liegenschaft zu koppeln.

Rechnungshof-Bericht zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung - Reihe Bund 2014/9 ([III-81/517 d.B.](#))

Mit der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über eine bundesweite bedarfsorientierte Mindestsicherung sollten österreichweite Mindestsätze für Lebensunterhalt eingeführt werden, was der Rechnungshof als sinnvolles Ziel sieht. Kritik gab es vom Rechnungshof an der Praxis sehr unterschiedlicher Auszahlungsbeträge, die sich u.a. durch unterschiedliche Wohnkostenberechnungen und verschiedene vorherige Leistungsniveaus ergeben.

RH-Bericht zum Arbeitnehmerschutz - Reihe Bund 2013/8 ([III-21/518 d.B.](#))
Zum RH-Bericht zum ArbeitnehmerInnenschutz erklärt das Sozialministerium, dass die Kontrollquote der Arbeitsinspektorate rechnerisch (in Prozent) gesunken, in Wahrheit aber weiterhin stabil ist. Für zielgerichtete Kontrollen wird ein Punktesystem herangezogen, Schwerpunktkontrollen werden in bestimmten "anfälligen" Branchen durchgeführt.

RH-Bericht Bundesheerreform – Reihe Bund 2012/5 ([III-9/544 d.B.](#))
Der Rechnungshof untersuchte in diesem Bericht die Zielsetzungen der Österreichischen Bundesheerreform 2010 in Hinblick auf das Personal. Durch Budgetreduktion wurde in den letzten Jahren Organisation und Ablauf völlig neu angepasst, was auch zu personellen Effekten führte. Die Empfehlungen des Rechnungshofes wurden berücksichtigt.

RH-Teilberichte zu Neue Mittelschule und Kasernenverkäufen – Reihe Bund 2013/12 ([III-30/545 d.B.](#))

Ein schon älterer Teilbericht zur "Neuen Mittelschule" listete Kosten und teilnehmende Schultypen auf. Ein weiterer Teilbericht befasst sich mit Kasernenverkäufen des Verteidigungsministeriums: Aufgrund der Empfehlungen des RH wurde ein umfangreicher Evaluierungsprozess gestartet und Verbesserungsmöglichkeiten definiert.

RH-Teilberichte zu Pensionen, Liegenschaften und Militärvertretung im Ausland – Reihe Bund 2014/5 ([III-57/546 d.B.](#))

In einem Teilbericht zu bundesfinanzierten Pensionen empfiehlt der RH u.a. dem Finanzministerium, beim nächsten Finanzausgleichs die Pensionsauszahlung für pragmatisierte Landeslehrer dem BVA–Pensionservice zu übertragen. Im Bericht enthalten ist außerdem eine Nachfolge-Prüfung von Österreichs militärischen Vertretungen im Ausland. Demnach wurde der Großteil der RH-Empfehlungen (z.B. Reduzierung der Zahl der Militärattachees) bereits umgesetzt.

RH-Einkommensbericht 2014 - Reihe Einkommen 2014/1 ([III-124/577 d.B.](#))

Der Einkommensbericht zu den Einkommen aller Erwerbstätigen und Pensionisten weist u.a. starke Unterschiede bei Männer- und Fraueneinkommen auf. Der Hauptgrund für den Gender Gap liegt laut Statistik Austria darin, dass Frauen die schlechter bezahlten Jobs in atypischen Beschäftigungen sowie in Branchen und Positionen mit niedrigeren Einkommen haben.

NR-Sitzung vom 23. April 2015

Bundesgesetz, mit dem das Kriegsoferversorgungsgesetz 1957, das Opferfürsorgegesetz, das Heeresversorgungsgesetz u.a. geändert werden und ein Bundesgesetz, mit dem eine Rentenleistung für Contergan-Geschädigte eingeführt wird ([564 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Anpassungen im ArbeitnehmerInnenschutz und im Mutterschutzgesetz ([569 d.B.](#))

In Novellen zum ArbeitnehmerInnenschutzgesetz und zum Mutterschutzgesetz werden begriffliche Anpassungen gemacht bzw. geht es um die Kennzeichnung von Behältern und Lagerräumen.

Änderungen im Ärztegesetz 1998 ([532 d.B.](#))

Die Novelle vollzieht technisch ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs zur Führung der Ärzteliste.

Qualitätsstandards für Schmerztherapie ([537 d.B.](#))

Die Gesundheitsministerin wird in einem Entschließungsantrag ersucht, die Gesundheit Österreich GmbH mit der Grundlagenarbeit für Bundesqualitätsstandards zur Verbesserung der Versorgung von SchmerzpatientInnen in Österreich zu beauftragen.

Entschließungsantrag für Reformen im österreichischen Strafvollzug und Maßnahmenvollzug ([578 d.B.](#))

In dem Entschließungsantrag, der auf eine Initiative von SPÖ-Menschenrechtssprecher Franz Kirchgatterer zurückgeht, wird der Justizminister aufgefordert, die eingeleiteten Reformen im Bereich des Straf- und Maßnahmenvollzugs mit aller Konsequenz fortzusetzen. Gefordert werden Konzepte für jugendliche Straftäter, eine sachgerechte Grenzziehung zwischen Strafvollzug und Psychiatrie sowie betreute Wohngruppen als Alternative zur U-Haft.

Bericht zur AMA-Marketing GesmbH ([III-129/502 d.B.](#))

Der Bericht zur AMA (Agrarmarkt Austria) Marketing GmbH geht auf einen Entschließungsantrag des Nationalrates zurück, den die SPÖ initiiert hatte. Er ist ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Transparenz bei den Agrar-Geldflüssen. Kritisiert wird, dass die Prozesse, die bei der Gütesiegel-Vergabe ablaufen, wenig transparent sind und im Sinne des Konsumentenschutzes eine Evaluierung erfordern.

Sammelbericht des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen: Petition zu "Vergewaltigung verurteilen. Ein Nein muss genügen!" ([561 d.B.](#))

Der vorliegende Sammelbericht beinhaltet Anliegen von BürgerInnen u.a. zu den Themen Bildung, Mobilität, Sozial- und Gesundheitspolitik, Verkehrs- und Umweltpolitik, Tierschutz und vieles mehr. Aus Sicht der SPÖ besonders wichtig ist die Petition Nr. 42 zu "Vergewaltigung verurteilen. Ein Nein muss genügen", die von SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm eingebracht und schon dem Justizausschuss zuge-

wiesen wurde. Ebenso von SPÖ-Seite von Beginn an unterstützt wurde die Bürgerinitiative Nr. 51 zur "Verbesserung der Lehrlingsausbildung" – SPÖ-Petitionensprecher Hermann Lipitsch konnte erreichen, dass diese Initiative junger Lehrlinge nun im zuständigen Wirtschaftsausschuss behandelt wird.

Weitere Themen

Österreichs Bildungssystem auf dem richtigen Weg

Eine ausführliche **Grundsatzdebatte zu Schule und Bildungsreformen** gab es am Mittwoch anlässlich einer **Dringlichen Anfrage an Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek**. Die Ministerin sieht Österreichs Bildungssystem "auf dem richtigen Weg": Das belegen auch ganz **aktuelle Zahlen der Statistik Austria**. Demnach ist die **Zahl tertiärer Bildungsabschlüsse (Unis, Fachhochschulen etc.) deutlich gestiegen**. **Erfreulich** seien auch die **Ergebnisse für die Neue Mittelschule (NMS)**. So schaffen deutlich mehr SchülerInnen aus den NMS den Übertritt in eine höhere Schule als jene aus Hauptschulen. Ein Plädoyer für eine **gemeinsame Schule bis 14 Jahre** hielt deshalb auch **SPÖ-Abgeordneter Elmar Mayer** in der Debatte. Und er verwies auf die vielen Schul-Reformen, die in den letzten Jahren gelungen sind, wie etwa **kleinere Klassen** mit höchstens 25 SchülerInnen, **Bildungsstandards, Zentralmatura** oder die **neue LehrerInnenausbildung**.

FPÖ, NEOS und Team Stronach wollen AK abschaffen

Scharfe Kritik der Sozialdemokratie gab es an einem **Antrag der NEOS, der darauf abzielt, die Pflichtmitgliedschaft in der Arbeiterkammer abzuschaffen**. Auch die Freiheitlichen und das Team Stronach stimmten für diese arbeitnehmerfeindliche Forderung, die freilich keine Mehrheit erhielt. "Die Arbeiterkammer als gesetzliche Vertretung ist eine der wichtigsten Errungenschaften des letzten Jahrhunderts, sagte **SPÖ-Abgeordneter Wolfgang Katzian** in der Debatte zu dem Antrag. "**Die Vertretung der Interessen der ArbeitnehmerInnen lassen wir uns von niemandem zerstören!**"

Reden

Rede vom 22. April zur Erweiterung des Mandats der UN- Friedensmission in der Westsahara (MINURSO)

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Der Konflikt, den wir in diesem Entschließungsantrag behandeln, nämlich jener in der Westsahara zwischen den Westsaharais und der marok-

kanischen Besatzung, wird leicht von uns vergessen angesichts der vielen bewaffneten Konflikte, Krisen und humanitären Katastrophen in dieser Region.

Seit Ende des Bürgerkrieges 1991 läuft der Konflikt vergleichsweise friedlich ab, die Lage ist halbwegs stabil. Er ist aber weit davon entfernt, gelöst zu werden. Zahlreiche Menschen dieser Region, darunter vor allem sehr viele Jugendliche, sind frustriert, fühlen sich zu Recht ausgegrenzt und sehen keine Perspektive für ihr Leben. Die Situation ist also eine gefährliche Mischung. Sie ist sicherlich ein guter Boden für Terrorgruppen und sie gefährdet diese momentan relativ stabile Situation. Wir müssen also verstärkt an einem Lösungsprozess arbeiten, wir brauchen einen friedlichen Lösungsprozess für diesen Konflikt. Daher ist es besonders wichtig, die UNO-Friedensmission *MINURSO* in der Westsahara endlich mit einem Mandat zur Menschenrechtsbeobachtung auszustatten.

Dies wurde bisher von Frankreich und Marokko blockiert. Ein solches Mandat wäre aber wichtig, denn, wie nationale und auch internationale Menschenrechtsorganisationen festhalten, stellen die schweren Menschenrechtsverletzungen, unfaire Gerichtsverhandlungen und das Misstrauen in die marokkanische Justiz nach wie vor für jeden Versuch, zu einer Lösung des Konflikts zu kommen, Hindernisse dar – trotz der Fortschritte, die die marokkanische Regierung in den letzten Jahren gemacht hat.

Mit einem Menschenrechtsmandat könnte die UNO-Friedensmission helfend eingreifen. Sie könnte helfen, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und aufzuklären, und sie könnte helfen, das Vertrauen zwischen den Konfliktparteien zu verbessern. Meine Damen und Herren! Mit diesem Antrag setzen wir uns für ein stärkeres Engagement Österreichs in diesem vergessenen Konflikt ein. Der Antrag wurde im Außenpolitischen Ausschuss diskutiert und einstimmig angenommen. Ich hoffe daher auch hier auf eine breite Zustimmung. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Rede vom 22. April zum Menschenrechtsfall des saudi-arabischen Bloggers Raif Badawi

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Schicksale des Bloggers Raif Badawi und auch seines Anwaltes sind ja leider keine Einzelfälle. Sie stehen, wenn man sich das anschaut, exemplarisch für das menschenfeindliche Rechtssystem Saudi-Arabiens.

Menschenrechtsaktivisten und Kritiker der dortigen religiösen Gruppierungen werden regelmäßig zu drakonischen Strafen verurteilt. Auch Folter ist auf der Tagesordnung. Saudi-Arabien gehört zur weltweiten Spitze bei den Hinrichtungen. Zumindest 90 Todesurteile wurden im Jahr 2014 laut Amnesty International verhängt, in einem Fall aufgrund von Hexerei.

Raif Badawi wurde, wie Sie wissen, unter anderem zu tausend Stockhieben verurteilt. Das ist eine Hinrichtung auf Raten, das wurde auch immer wieder festgehalten. Der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte bezeichnet diese Strafe als grausame und unmenschliche Bestrafung, die nach dem Völkerrecht und insbesondere nach dem Übereinkommen gegen Folter verboten ist!

Saudi-Arabien hat dieses Übereinkommen ratifiziert; Österreich ist wie Saudi-Arabien Vertragspartner des Übereinkommens gegen Folter. Daher ist es in meinen Augen auch keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten, sondern unsere Pflicht, auf die Einhaltung der Verträge zu drängen und Saudi-Arabien zur Abschaffung der Prügelstrafe aufzufordern.

Ich glaube, was jetzt wichtig ist, ist, dass der politische und diplomatische Druck aufrecht bleibt, denn nur so hat Raif Badawi bisher überlebt. – Danke. *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und Grünen.)*

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Nationalrat – Muttonen: Friedensmission in der Westsahara braucht Menschenrechtsmandat \(22.04.2015\)](#)

[Nationalrat – Muttonen: Die Schicksale Raif Badawis und seines Anwalts sind keine Einzelfälle \(22.04.2015\)](#)

[Muttonen: Sozialdemokratische Abgeordnete aus Österreich und Deutschland berieten europapolitische Herausforderungen \(19.04.2015\)](#)

[Muttonen zu Atomgesprächen mit dem Iran: „Guter Tag für internationale Diplomatie“ \(03.04.2015\)](#)

Frühjahrstagung des SPÖ-Parlamentsklubs

Die sozialen Herausforderungen der Industrie 4.0 und die Lebensbedingungen der jungen Generation Y standen am Montag im Fokus unserer Frühjahrstagung vom SPÖ-Parlamentsklub.

Industrie 4.0



Industrie 4.0, das sind die vernetzten, dezentralen, echtzeitfähigen und selbstoptimierenden Produktions- und Logistiksysteme, die zunehmend unsere Arbeitswelt verändern. Auf der Frühjahrstagung haben wir uns die Frage gestellt, welche Auswirkungen der zunehmende Einsatz

hochintelligenter und miteinander kommunizierender Maschinen für die ArbeitnehmerInnen und unseren Sozialstaat hat. Dabei haben wir unter anderem zwei wichtige soziale Herausforderungen herausgearbeitet. Zum einen müssen wir dafür sorgen, dass die aufgrund der Automatisierung weniger werdende Arbeit auf mehr Menschen verteilt wird. Zum anderen müssen wir auch den Menschen eine Perspektive bieten, die mit den neuen Qualifikationsanforderungen nicht mehr mithalten können.

Generation Y

Mit der Generation Y sind die heute 20-30-Jährigen gemeint. Diese Generation ist während der Finanz- und Wirtschaftskrise herangewachsen. Ihre Lebenswelt ist von unbezahlten Praktika und teuren Wohnbedingungen geprägt. Wir wollen die Probleme dieser Generation stärker angehen. Dafür ist es wichtig, dass wir besser mit dieser Generation kommunizieren und versuchen, sie in die Politik einzubeziehen. Wichtig ist für uns aber auch eine moderne, emanzipierte Bildungspolitik, die jungen Menschen eine gute Berufsorientierung bietet und die ihnen dabei hilft sich zu selbstbewussten Erwachsenen entwickeln zu können.

Weitere Informationen zu den Diskussionen über Industrie 4.0 und Generation Y sowie zu den Reden von Bundeskanzler Faymann, Klubobmann Schieder und Wiens Bürgermeister Häupl findet ihr auf der [Seite des Parlamentsklubs](#).



Gemeinsame Klausur der Europa-PolitikerInnen von SPÖ und SPD

Die EU-Sozialkrise, die außerstaatlichen Schiedsgerichte für internationale Investoren bei TTIP und der Umgang mit den öffentlichen Dienstleistungen in der EU, darüber haben wir vergangene Woche mit den GenossInnen aus Deutschland diskutiert. Dabei wurde schnell deutlich,

dass wir in den meisten Punkten gleicher Ansicht sind, etwa bei der gewaltigen sozialen Schieflage in der EU. Hier stimmen wir darin überein, dass es eine gesamteuropäische Investitionsanstrengung braucht, um die untragbar große Arbeitslosigkeit in der EU zu bekämpfen. Entsprechend große Hoffnungen setzen die SPD und wir in das Investitionspaket, das grade umgesetzt wird. Wobei uns allen klar ist, dass dieses Paket nur eine Maßnahme unter vielen sein kann, mit der wir uns aus den Folgen der Finanzkrise herauskämpfen müssen.

Einigkeit bestand auch in der Ablehnung der Schiedsgerichte bei den EU-Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA). Schiedsgerichte, so der Grundtenor, mögen bei Abkommen mit undemokratischen und nicht rechtsstaatlich gefestigten Ländern einen Sinn machen. Zwischen demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaften wie der EU, den USA und Kanada sind Schiedsgerichte unnötig. Dem stimmte auch der eingeladene Rechtsexperte Jan Kleinheisterkamp von der London School of Economics, ein Spezialist für Schiedsgerichtsverfahren, zu. Seiner Meinung nach sind die Schiedsgerichte nicht nur vollkommen unnötig, sondern auch schädlich. Sie stimmen nämlich nicht mit unseren staatlichen Rechtssystemen überein, die eine Balance zwischen individuellen Interessen von Investoren und den gemeinschaftlichen Interessen der Bürgerinnen und Bürger geschaffen haben. Schiedsgerichte würden diese Balance jedoch durch ihre Bevorteilung der internationalen Investoren aushebeln.

Am Freitag haben wir uns die Frage gestellt, wie wir die öffentliche Daseinsvorsorge in der EU besser schützen können. Anschließend haben wir uns noch mit dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament Gianni Pittella (Foto) getroffen.

Am Ende der zweitägigen Klausur waren wir alle der Meinung, dass wir die Zusammenarbeit zwischen SPÖ und SPD in der Europapolitik weiter verstärken sollten, um gemeinsam für ein gerechtes und soziales Europa einzutreten. Ein weiteres Treffen ist bereits für Ende Mai geplant. Da werden wir gemeinsam nach Luxemburg fahren, um dort das Programm der kommenden luxemburgischen Ratspräsidentschaft zu diskutieren.

Außenpolitischer Ausschuss zu Besuch in Laibach

Am 09. April war ich mit meinen außenpolitischen KollegInnen in Laibach. Eingeladen



den hatte uns der Außenpolitische Ausschuss des slowenischen Parlaments. Wichtig war uns bei dem Treffen vor allem der Austausch unserer Positionen zur EU-Außenpolitik - insbesondere zum Umgang mit der Ukrainekrise. Hier hat Slowenien – obgleich NATO-Mitglied – eine ähnlich sanktionskritische Position wie wir.

Afrikaklub meets Nationalrat

Warum kam es zum Anwachsen von jihadistischen Bewegungen in der Sahel-Zone? Was macht China auf dem afrikanischen Kontinent? Und was könnte Österreich dort alles erreichen? Über diese und ähnliche Fragen haben ich und meine KollegInnen vom Außenpolitischen Ausschuss am vergangenen Mittwoch mit VertreterInnen des österreichischen Afrikaklubs debattiert.



Der Afrikaklub warb dafür, dass sowohl die gesamte EU, insbesondere aber Österreich, dem Nachbarkontinent mehr Aufmerksamkeit schenkt und zwar nicht nur aus sicherheitspolitischen und humanitären Gründen. Afrika ist ein Kontinent mit stetig wachsender Bevölkerung. 40% der Bevölkerung sind unter 15 Jah-

re. Hier wartet nicht nur ein wachsender Markt auf die österreichische Wirtschaft, sondern auch eine junge Bevölkerung, die ihre Länder modernisieren möchte und die Zusammenarbeit mit uns sucht. Auch was Menschenrechte, Frauenrechte, Klima- und Umweltschutz betrifft, war Afrika international bislang ein wichtiger Verbündeter Europas. Das könne sich aber mit dem zunehmenden Einfluss Chinas ändern, warnten uns die Afrika-ExpertInnen.



Dabei sei China gar nicht unbedingt der Traumpartner für viele afrikanische Länder. China sei aber oftmals das einzige Land, das überhaupt eine Kooperation anbieten würde. Österreich hingegen nutze sein Potential nicht ausreichend aus. Aufgrund seiner fehlenden Kolonialgeschichte genieße Österreich einen guten und

unbefleckten Ruf und könnte daher in Afrika eigentlich wirtschaftlich erfolgreicher sein, als es das heute ist. Wichtig sei hierfür aber auch, betonten die VertreterInnen des Afrikaklubs, dass die kulturellen und entwicklungspolitischen Projekte Österreichs langfristiger und strategischer aufgestellt würden.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at